

Jeder will auf Kosten des Staates leben und vergisst dabei,
dass der Staat auf Kosten aller leben will.

Frédéric Bastiat

französischer Ökonom und Journalist (1801 - 1850)

Wie kann man auch zur Gerontokratie kommen

oder die heutzutage so viel diskutierte Solidarität zwischen den Generationen
aus einem anderen Blickwinkel

Als in Zeiten, als osteuropäische Länder Trabanten der Sowjetunion waren, Breschnew (†75), kurz danach seine Nachfolger Andropow (†69) und Tschernenko (†73) starben und der 54jährige Gorbatschow, der mit seinem Programm grundsätzliche politische Änderungen herbeiführte, gewählt wurde, vermuteten wir in Osteuropa, dass dies das definitive Ende der Gerontokratie, d.h. das Regieren der Alten, in Europa bedeutet.

Pensionssystem

Viele Leute glauben immer noch, dass das Geld, das ihnen von ihrem Bruttolohn als Sozialbeitrag abgezogen wird, gut angelegt und später als Pension ausbezahlt wird. Es scheint logisch, aber leider ist das keineswegs so! Diese Feststellung ruft bei ihnen ähnliches Staunen hervor wie die Überraschung bei den Studenten des ersten Studienjahres an den wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten, nachdem ihnen das Prinzip der sog. multiplizierten Depositenexpansion erklärt worden ist. Schließlich, es ist im Prinzip ähnlich – bei denen, die ins System gerade Geld eingelegt haben, setzt man nicht voraus, dass sie es in absehbarer Zeit gleich wieder zurückhaben wollen.

Das jeweilige Rentensystem, gegründet auf dem Prinzip der fortlaufenden Finanzierung, beruft sich auf einen ungeschriebenen Generationsvertrag über die Solidarität zwischen den Generationen. In den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts führte es der preußische und danach deutsche Kanzler Otto von Bismarck ursprünglich für Staatsbeamte ein, die nach dem Erreichen des 70. Lebensjahres eine Rente bekommen sollten. Aber die durchschnittliche Lebenserwartung war damals 55 Jahre!¹ Diese und einige andere Bismarcks in der heutigen Sprache gesagt „Sozialmaßnahmen“ waren rein politisch motiviert – ihr Ziel war es, den Anstieg der Popularität der stärker werdenden Sozialdemokratie, die nach ihrer Entstehung schnell an Einfluss unter den deutschen Industriearbeitern gewann, zu verhindern.

Heutzutage sind paradoxerweise die Altersrenten eines der grundsätzlichen Wahlargumente der Sozialdemokratie. Ein anderer deutscher Politiker, Ludwig Erhard (CDU), schrieb in seinem Buch „Wohlstand für alle“, das das erste Mal schon im Jahre 1957 erschien, dass der „Versorgungsstaat [ein] moderner Wahn“ sei.² Das beste Sozialsystem seien nach Erhard gut funktionierende Märkte, einschließlich des Arbeits- und Kapitalmarkts. Das jeweilige System

¹ Die Anfänge der Sozialversicherung in Deutschland reichen bis ins Mittelalter zurück, als die Bergleute gemeinschaftliche Kassen zur Unterstützung verunglückter, notleidender Mitglieder errichteten. Aber erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts wurde eine umfassende Sozialversicherung geschaffen.

² Ludwig Erhard: Wohlstand für alle. Anaconda Verlag, Köln 2009 (S. 283 „Versorgungsstaat – der moderne Wahn“ Titel des 12. Kapitels)

der Sozialversorgung macht aus den Bürgern vom Staat abhängige „soziale Untertanen“³ (wobei die politische Führung des Staates bei Wahlen von diesen sozialen Untertanen abhängig ist) und schafft „nicht die klassenlose, wohl aber die seelenlos mechanisierte Gesellschaft“⁴. (Oder, wie Joseph A. Schumpeter in seiner Studie „Die Krise des Steuerstaates“ aus dem Jahre 1918 erwähnte: Die Existenz des Staates sei „soziale Notwendigkeit“.)

In dieser (mechanischen) Gesellschaft ist dann niemand bereit, die Verantwortung für sich selbst zu übernehmen und jeder will die kollektiv entstandene Sicherheit genießen.⁵ Doch durch die Übertragung der Verantwortung für Sozialsicherung des Einzelnen – oder zumindest für das Sicherheitsgefühl – auf den Staat, hat sich das Ausmaß dieser Sicherung nicht erhöht, sondern ist umgekehrt sogar gesunken.⁶ Es wäre also absolut richtig, den Bürgern ihr Geld zu belassen, dass sie sich selbst eine Weise der materiellen Sicherung ihres Alters auswählen. Es gibt viele Möglichkeiten: Immobilien- oder Kunstwerkeinkauf oder Einkauf eines anderen Wertgegenstands, Kinder (die sich um ihre Eltern kümmern), eine langfristige Investition oder Sparen.

Eigene Einkommenssicherung für das Alter

Würde man während seines Produktivalters jedes Monat 15 % seines verfügbaren Einkommens auf ein Sparkonto mit einem Zinssatz von 2,4 % netto bei monatlicher Zinszuschreibung einlegen (heute gibt's wirklich bei einigen Banken solche Sparkonten), würde man innerhalb von 40 Jahren einen Betrag ansammeln, der ihm (in Form von Annuität) für 25 Jahre (unter gleichen Bedingungen für die Verzinsung der Rückstände) ungefähr zwei Drittel (nicht einmal 63 %) des Betrags sichern, den man bisher von seinem Monatseinkommen zur Verfügung hatte und mit dem man gewöhnt war auszukommen. (Es fallen ihm aber einige Ausgaben aus, wie z.B. Fahrt zur Arbeit u. ä.) Würde man 20 % anlegen, hätte man innerhalb von dergleichen Periode fast 90 % des Betrags, mit dem man bisher gewöhnt war auszukommen, zur Verfügung.

Dieses Model setzt aber voraus: entweder Nullinflation (oder Minimalinflation) oder, dass das Lohnwachstum (zumindest ungefähr) das Inflationsmaß kopiert. Das erste ist nicht unmöglich, das zweite geschieht heute mehr oder minder. Die erste Variante ist aber sicher besser. (Zumindest darum, dass es bei der zweiten Variante von dem Zinsmaß, das immer höher als die Inflation sein sollte, was heute nicht geschieht, abgesehen wurde.) „Gute Sozialpolitik erfordert Währungsstabilität“⁷.

Diese Lösung im Unterschied von Pflicht- oder fakultativen Beiträgen in Pensionsfonds gibt die Möglichkeit, wann auch immer eigene Ersparnisse in eine andere Bank, die vorteilhaftere Verzinsung oder bei gleicher Verzinsung größere Sicherheit der Einlage bietet, zu übertragen.

Nicht zuletzt wäre ein Vorteil dieser Lösung die Trennung der Themen von Altersrenten, ihre Erhöhung oder Valorisierung usw., nicht nur von Vorwahlthemen und -versprechen. Es wäre einfach kein politisches Thema. Der Privatsektor könnte die Ersparnisse von Bürgern für ihr Alter zumindest gleich gut wie der Staat (oder vielleicht besser) verwerten. Der Staat eigentlich verwertet nichts, eher im Gegenteil, und „bildet“ die Mittel für die Rente-Auszahlung einfach nur so auf eine Weise, meistens auf Pump. Die nächste Generation mit Schulden zu belasten ist aber zwischengenerationsmäßig unsolidarisch, nicht wahr?

³ ibidem (S. 290)

⁴ ibidem (S. 287)

⁵ ibidem (S. 286)

⁶ ibidem (S. 289)

⁷ ibidem (S. 297 Titel eines der Unterkapitel)

Wenn die Regierung indirekte Steuern (Mehrwertsteuer, Verbrauchsteuer) erhöht, empfinden die Rentner diese Erhöhung und zwar auch im Falle einer Rentenvalorisierung, die in der Regel nur eine Teilskompensation ist. Auf diesen Trick fallen die Rentner nicht mehr herein. Es ist besser andere Steuern und Gebühren zu erhöhen (deren Erhöhung die Rentner nicht so empfinden), die die Staatskasse füllen, was die Rentner gerne glauben. Wie Paul T. Heyne treffend schrieb: „Die meisten Leute wollen davon überzeugt werden, demjenigen, der ihnen gefällt die Wahrheit zu glauben.“⁸

Für die Sozialisten, die ihr Stüppchen für ihre Wähler kochen, die auf die Illusion des kostenlosen Mittagessens hereinfliegen, heißen solche gefälligen Behauptungen über Sozialsicherheiten eine ausgiebige Portion von Wählerstimmen von zahlreichen Rentnern. Die rationale Ignoranz, auf die die Sozialisten setzen, verteuert sich in diesem Falle unermesslich. Für alle! Wenn diese Parteien an die Regierung kommen, ist ihre Politik gerade von Meinungen und Wünschen ihrer Wählerkommunität beeinflusst. Und obwohl diese Parteien auf ihren Plakattafeln überwiegend junge Gesichter bieten, kann man über eine indirekte Gerontokratie sprechen.

Dieses System (gemeint sowohl Rente- als auch politisches System) ist nicht dauerhaft haltbar.⁹ Es wäre ideal von der indirekten Gerontokratie zur Sophokratie – Regierung der Weisen – kommen. Ganz zu schweigen von Timokratie – Regierung der Ehren!¹⁰

Zdeněk Vrbík

⁸ Paul T. Heyne: The Economic Way of Thinking. Prentice Hall, 2000 (S. 498 „Most people are willing to be convinced of something they would like to be true.”)

⁹ „Bemühung um dauerhaft nachhaltige Entwicklung“ ist eine der Phrasen, die wir oft von europäischen Politikern hören.

¹⁰ „Einmal werden gute Leute zum Regieren gezwungen werden.“ - Platon